

Zeit online, 30.01.2012

Gewalt in Syrien: Ohne UN-Resolution geht es nicht

Die Gewalt in Syrien eskaliert, doch die Diplomatie ist langsam. Deutsche Außenpolitiker sind ratlos, auch weil eine UN-Resolution an Russland scheitert.

Von Carsten Luther

Wie soll die Weltgemeinschaft auf die Gewalt in Syrien reagieren? Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die wirkliche Konsequenzen nach sich zieht, ist derzeit unwahrscheinlich. Vor allem Russland blockiert mit seinem Vetorecht den jüngsten, von Marokko eingebrachten Entwurf, den europäische und arabische Staaten gemeinsam erarbeitet haben. Die Arabische Liga hat am Wochenende ihre Beobachtermission in dem Land wegen der wachsenden Gewalt abgebrochen; viel hängt nun davon ab, wie sich die internationale Gemeinschaft künftig zu dem Konflikt stellt. Zum UN-Rahmen gibt es aber keine echte Alternative, darin sind sich deutsche Außenpolitiker weitgehend einig.

"Chance für ein neues Kapitel"

Bisher gibt es nur große Worte: Außenminister Guido Westerwelle forderte bereits eine "klare Reaktion" des UN-Sicherheitsrats und nannte eine Resolution angesichts der verschärften Lage "überfällig". Der deutsche UN-Botschafter Peter Wittig sprach von einer "Situation, die wir nicht länger tolerieren können". Der Entwurf der Resolution – den Deutschland unterstützt – orientiert sich eng an den Plänen der Arabischen Liga: Rücktritt von Syriens Präsident Baschar al-Assad, Reformen und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter Beteiligung der Opposition. Offenbar stehen weder stärkere Sanktionen gegen das Regime noch ein mögliches Waffenembargo zur Debatte, werden aber auch nicht ausgeschlossen.

Für den außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, ist "gar nicht so wichtig, was letztlich in dem Text stehen wird – wichtig ist vor allem, dass überhaupt noch Verhandlungen stattfinden". Eine gemeinsame Position würde die Isolation des syrischen Regimes offenbaren und ein wichtiges politisches Signal aussenden. Assad verlasse sich darauf, dass es dank des Verbündeten Russland keine Resolution geben wird. Nach Ansicht Mützenichs "muss Russland nun aber erkennen, dass es gar nicht anders kann, als an einer ernsthaften Diskussion teilzuhaben".

Parallel dazu bemüht sich Russland weiter um eine Lösung außerhalb der UN und hat nun Vertreter des Regimes und der syrischen Opposition zu Gesprächen ohne jegliche Vorbedingungen nach Moskau eingeladen. Angeblich haben die Machthaber in Damaskus einem Treffen bereits zugestimmt, die Opposition lehnte ab und macht weiter den Rücktritt Assads zur Bedingung. Das russische Außenministerium teilte mit, mit dem Vorstoß wolle man den Konflikt in Syrien friedlich und ohne Einmischung von außen lösen. Einer moderierenden Rolle der Arabischen Liga im Zuge eines innersyrischen Dialogs könne dabei aber durchaus eine wichtige Rolle

zukommen. Beobachter werten den Vorstoß Russlands als Versuch, Zeit zu gewinnen.

Arabische Liga muss sich stärker positionieren

Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Rainer Stinner, glaubt, dass sich die Arabische Liga jetzt noch stärker positionieren muss und dies auch tun wird, "was den Bemühungen im Rahmen der UN Rückenwind gibt". Das Engagement der Organisation in dem Konflikt hat für ihn im Vergleich zur früher eine neue Qualität erreicht. "Es zeigt auch, dass es nicht immer der Westen sein muss, der alles in die Hand nimmt, diese stärkere regionale Verantwortung ist nur zu begrüßen." Die UN seien dennoch weiterhin der richtige Rahmen für eine Lösung des Konflikts, und es gehe bei einer Resolution nun darum, "eine Version zu basteln, bei der Russland sich zumindest enthalten kann", sagt Stinner. "Es ist grundsätzlich besser, im Gespräch zu bleiben und sich auch auf Zwischenschritte zu einigen, die vielleicht zunächst unbefriedigend sein mögen, als diesen Prozess wieder abubrechen."

Weiter geht der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder. Für ihn führt an Sanktionen auf Ebene der Vereinten Nationen kein Weg vorbei, um das Blutvergießen zu beenden. "Die Weltgemeinschaft kann sich ein Wegschauen nicht leisten. Wir sind an einem Punkt, an dem die UN sich bewähren müssen", sagt er. Auch die außenpolitische Sprecherin der Grünen, Kerstin Müller, hält Sanktionen für den richtigen Weg. "Man muss darauf hinarbeiten, eine klar verurteilende Resolution zu bekommen, am besten mit scharfen Sanktionen und einem Waffenembargo, um das Assad-Regime politisch zu isolieren", sagt sie. Das Problem: Russland hat bereits sehr deutlich gemacht, dass es diesem Schritt auf keinen Fall zustimmen würde.

"Man fühlt sich ziemlich ohnmächtig"

Die Linke-Fraktion hatte zuletzt im Bundestag sogar ein generelles Verbot von Waffenlieferungen in den Nahen Osten ins Spiel gebracht. Darüber hinaus setzt der außenpolitische Sprecher der Linken, Wolfgang Gehrcke, auf Verhandlungen zwischen dem syrischen Regime und der Opposition.

Die Grünen-Politikerin Müller will hingegen noch über Sanktionen hinausgehen und schlägt die Einrichtung einer entmilitarisierten Schutzzone in der Türkei vor, um Flüchtlingen und desertierten Soldaten einen sicheren Ort zu bieten. Deutlicheren Konsequenzen steht sie dagegen skeptisch gegenüber: "Ich glaube nicht, dass eine militärische Intervention zielführend wäre, das könnte eher ein weiterer Eskalationsschritt sein, der noch mehr Opfer fordert." Grundsätzlich findet sie es "unerträglich, dass die UN noch nichts beschlossen haben", aber eine Alternative sieht sie ebenso wenig. "Man fühlt sich ziemlich ohnmächtig", sagt sie.